

LTWP-3-739

Programmantrag

Landesdelegiertenversammlung am 8. & 9. November 2025 in Bingen

Initiator*innen: Obada Barmou (KV Germersheim)

Verfahrensvorschlag: Modifizierte Übernahme

Titel: **LTWP-3-739: ENTWURF
LANDTAGSWAHLPROGRAMM 2026 - Kapitel 3 -
Rheinland-Pfalz für alle gerecht gestalten**

Antragstext

In Zeile 739:

Frauengesundheit fördern

Wir wollen, dass alle Rheinland-Pfälzer:innen – unabhängig von Hautfarbe, Herkunft, Sprache, Religion, Geschlecht, sexueller Orientierung, Behinderung oder Alter – sich in allen Lebensbereichen frei entfalten können. Das gilt für ihren Job, bei der Wohnungssuche, in der Schule oder im öffentlichen Raum. Deshalb greifen wir mit dem Landesantidiskriminierungsgesetz dort ein, wo Menschen bislang nicht ausreichend geschützt wurden und geben ihnen konkrete Möglichkeiten, sich konsequent zu wehren. Wir setzen uns für eine Beweiserleichterung im Diskriminierungsrecht ein, um den Opferschutz zu stärken, und führen ein Monitoring von Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt ein. Wir wollen den Landesaktionsplan gegen Rassismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit fortführen, evaluieren und weiterentwickeln. Er ist ein wichtiges Werkzeug zur Vernetzung, zur Stärkung von Strukturen und Entwicklung

neuer Ideen und Ansätze. Langfristig streben wir die Einrichtung einer unabhängigen Landesantidiskriminierungsstelle mit Klagerecht an, um strukturelle Benachteiligungen effektiv anzugehen. Dazu gehört die Schaffung unabhängiger Antirassismus-Beauftragter auf Landes- und Kommunalebene. Verpflichtende Antirassismus-Workshops in Schulen und Behörden, die Integration von Menschenrechts- und Antidiskriminierungsbildung in Lehrpläne sind dabei konkrete Maßnahmen, die wir umsetzen möchten. Besondere Aufklärungskampagnen gegen Fake News und rassistische Narrative ergänzen die Bildungsarbeit.

Begründung

Bei den Änderungen geht es um konkrete und wirksame Maßnahmen zur Bekämpfung von Diskriminierung und Rassismus. Die **Beweiserleichterung im Diskriminierungsrecht** stärkt die Rechte Betroffener und verbessert die Durchsetzbarkeit von Schutzansprüchen. Ein **Monitoring auf dem Wohnungsmarkt** macht Benachteiligungen sichtbar und handhabbar. Mit **unabhängigen Antirassismus-Beauftragten** auf verschiedenen Ebenen sowie **verpflichtenden Bildungsangeboten** in Schulen und Behörden wird strukturellem Rassismus präventiv begegnet. Die **Integration von Menschenrechtsbildung in Lehrpläne und Aufklärung gegen Fake News** stärken das gesellschaftliche Bewusstsein und fördern eine diskriminierungssensible demokratische Kultur.